



Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Bern

Tel. 031 329 69 69

www.sp-ps.ch

info@spschweiz.ch

stefan.schuetz@spschweiz.ch

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Per E-Mail an:

vernehmlassungen@gs-vbs.admin.ch

30. Mai 2026

SP-Stellungnahme zum Bundesbeschluss über die Finanzierung von Rüstungsausgaben der Armee durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Sehr geehrter Herr Bundesrat Pfister,
sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat vernehmlasst Änderungen der Bundesverfassung (BV) und des Mehrwertsteuergesetzes (MWSTG) sowie die Schaffung eines Rüstungsfondsgesetzes (RüFG). Die SP Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit, zu den Erlassentwürfen Stellung nehmen zu können.

1. Zusammenfassende Haltung der SP

Die SP ist erfreut, dass der Bundesrat einsieht, dass weitere massive Kürzungen der schwach gebunden und ungebundenen Ausgaben, namentlich bei der Entwicklungszusammenarbeit, zur Finanzierung der massiven Aufstockung des Armeebudgets absolut unverantwortlich sind. Doch die Pläne des Bundesrats, das Armeebudget auf weit über 1 Prozent des BIP zu erhöhen, ist aus Sicht der SP materiell nicht gerechtfertigt.

Dies insbesondere angesichts der diversen finanz- und verteidigungspolitischen Debakel aus dem VBS. Die Planungsfehler und Kostenüberschreitungen, welche das VBS über die letzten Jahre verantwortete, vom F-35-Debakel über diverse IT-Projekte, von der ausser Kontrolle geratenen Drohnen- bis zu den neuesten Problemen bei der Patriot-Beschaffung, zeigen vor allem eines: Der grösste Reformbedarf der Armee besteht in der Planungsarbeit und der konsequenten Orientierung an einer Steigerung ihrer Effizienz.

Die SP lehnt die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Ausweitung des Schweizer Sicherheitsbudgets deshalb ab. Die SP fordert den Bundesrat stattdessen auf, andere Optionen zu prüfen, welche die Gegenfinanzierung des vom Parlament beschlossenen, enormen und finanzpolitisch verantwortungslosen Wachstumspfad für die Armee vereinfachen und die systemimmanenten Zielkonflikte zwischen Beschaffungswesen und Verfassungskonformität lösen, zum Beispiel über ein Instrument wie den skizzierten verschuldungsfähigen Fonds.

2. Inhalt des Erlassentwurfs

Mit den vorliegenden Entwürfen plant der Bundesrat erstens eine Erhöhung der Bundessteuern zugunsten der Landesverteidigung sowie anderen zivilen Sicherheitsaufgaben und schafft zweitens die Grundlagen für einen verschuldungsfähigen Fonds, über den Rüstungsgüter finanziert werden können.

Mehreinnahmen

Zu diesem Zweck sollen ab 2028 der Normal-, Sonder- und reduzierte Mehrwertsteuersatz für eine 10-Jahres-Periode um 0.8, 0.4 respektive 0.3 Prozentpunkte erhöht werden. Mit den so generierten Zusatzeinnahmen soll die Schweiz verschiedene Herausforderungen im Sicherheitsbereich, speziell Distanzangriffe und hybride Konflikte, besser meistern können als heute.

Das Parlament hat durch die Annahme der Motionen 22.3367 und 22.3374 beschlossen, die Ausgaben der Armee auf 1 Prozent des BIP zu erhöhen. Dieser Schwellwert soll gemäss Finanzplan 2032 erreicht werden. Der Bundesrat qualifiziert diesen Ausbau als nicht ausreichend, um die Landesverteidigung sicherstellen zu können und identifiziert gegenüber dem beschlossenen Budget einen kumulierten Mehrbedarf von CHF Mrd. 31 über einen Zeitraum von 10 Jahren. Dieser soll über die Mehrwertsteuererhöhung finanziert werden, wobei zur Erreichung des 1-Prozent-BIP-Ziels ein Drittel der Zusatzeinnahmen verwendet würde. 90 Prozent der kumulierten Zusatzeinnahmen sollen der Armee zur Finanzierung geplanter (CHF Mrd. 10) und zusätzlicher (CHF Mrd. 18) Rüstungsbeschaffungen zur Verfügung stehen. Aus diesen ergäben sich Zusatzaufwände für den Betrieb, die über den ordentlichen Budgetprozess gesteuert und primär über befristete Arbeitsverhältnisse gedeckt werden sollen. Die verbleibenden 10 Prozent der Zusatzeinnahmen (CHF. Mrd. 3) kämen zivilen Bundesämtern mit sicherheitsrelevanten Aufgaben zugute, konkret dem BABS, NDB, BAZG, fedpol, SEPOS und dem BACS. Zudem dienen Teile der Mehreinnahmen zugunsten der zivilen Bundesämter der Finanzierung parlamentarisch beschlossener Ausweitungen von Aufgaben des fedpol (jährlich 10 bis 20 zusätzliche FTE bis 2035), des BAZG (Stärkung des Grenzschutzes) und des BACS (Budgeterhöhung von jährlich CHF Mio. 15 sind im Finanzplan eingestellt).

Rüstungsfonds

Der Bundesrat schlägt die Schaffung eines Rüstungsfonds via ein neu zu schaffendes Gesetz (RüFG) vor. Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung sollen in diesen Rüstungsfonds fliessen, der Bundesrat schlägt darüber hinaus vor, einen Teil der Mittel des bestehenden Rüstungskredits in diesen Fonds umzulenken. Daraus sollen exklusiv Rüstungsausgaben finanziert werden. Zudem soll der Fonds bis zu einer Grenze von CHF Mrd. 6 verschuldungsfähig sein und damit grössere Investitionen ermöglichen. Die Verschuldungsfähigkeit des Fonds führte dazu, dass Zahlungsspitzen in Beschaffungsprozessen einfacher schuldenbremsekonform bewältigt werden könnten als heute.

3. Position der SP

Die SP unterstützt die geplante Mehrwertsteuererhöhung nicht und lehnt deshalb auch den Rüstungsfonds in der geplanten Form ab.

Der bundesrätliche Vorschlag sieht eine Ausweitung des Armeebudgets auf weit über 1 Prozent des BIP vor. Mit den geplanten Budgeterhöhungen würden sich die Ausgaben alleine für die Armee 2035 auf CHF Mrd. 13 belaufen. Gemessen an der Volkswirtschaft, Grösse und privilegierten geostrategischen Lage der Schweiz sprengten diese Pläne aus Sicht der SP jegliches vertretbare Verhältnis. Die Armeeausgaben der Schweiz sind seit 2014 stärker angestiegen als jeder andere Ausgabenbereich des Bundes. So gab die Schweiz relativ zur Bevölkerungszahl bereits 2025 mehr als der Durchschnitt der europäischen NATO-Mitgliedstaaten und mehr als unsere Nachbarländer für die Beschaffung von Rüstungsgütern aus. Der überwiegende Teil dieser Ausgaben fliesst in die Beschaffung von Gerät, für das es keine plausiblen Verwendungsszenarien gibt. Die Rolle der Schweiz in Europa ist ungeklärt, ebenso die Frage, welche Schlussfolgerungen aus der heute zu beobachtenden Revolution auf dem Gefechtsfeld zu ziehen sind, wo nicht mehr technologisch hochgezüchtete, extrem kostspielige Waffen, sondern billige Massenware über Sieg und Niederlage entscheiden, was die USA in ihrem gescheiterten Angriffskrieg gegen den Iran einmal mehr schmerzhaft erfahren müssen.

Bei einem weitgehenden Verzicht auf solches militärisch kaum brauchbare Grossgerät ist unsere Armee finanziell durchaus in der Lage, ihren verfassungsmässigen Auftrag wahrzunehmen. Entscheidend ist, dass sie sich der neuen Bedrohungslage anpasst. Der Bundesrat hat es in seiner Strategie 2026 festgehalten: Die entscheidenden sicherheitspolitischen Herausforderungen sind nicht im militärischen Vollangriff auf die Schweiz, sondern in der hybriden Lage unterhalb der Kriegsschwelle zu verorten.

Eine Ausweitung des Verteidigungsetats ohne sinnvolle Strategie, zumal über den vom Parlament beschlossenen Wachstumspfad hinaus, lehnt die SP entschieden ab. Priorisierungen innerhalb der Armee sind besser als eine Erhöhung der Mittel geeignet, um diesen zu

finanzieren. Kommt dazu, dass die Schweiz in einer Gesamtrechnung, welche auch Erwerbsersatzentschädigungen und volkswirtschaftliche Kosten der Armee berücksichtigt, bereits heute Mittel im Umfang von über 1 Prozent ihres BIP für die Armee ausgibt. Zu diesem Schluss kommt der Bundesrat im Dezember 2025 in seinem [Bericht zum Postulat 22.4310](#).

Rüstungsinvestitionen zur Vorbereitung auf neue, wahrscheinliche Bedrohungsszenarien, etwa Drohnenangriffe auf zivile Infrastruktur, erachtet die SP durchaus als sinnvoll. Dafür sollte die Armee sich aber endlich konsequent wahrscheinlichen Bedrohungsszenarien ausrichten und die Erreichung ihrer Ziele im Verbund mit internen und externen Partner-innen anstreben, wie sie dies ansatzweise in der aktuellen Armeebotschaft tut. Eine Klärung der Frage, welche Rolle die Armee in der hybriden Lage erfüllen soll und wie die entsprechenden Entscheidungsverfahren beschleunigt werden können, ist bisher noch nicht erfolgt. Den Fokus auf eine Kalte-Kriegs-Armee aufrechtzuerhalten und diese gar noch weiterzuentwickeln, kommt aus Sicht der SP weitgehend einer Verschleuderung von Steuergeldern gleich. Die Schweiz ist nicht Mitglied der NATO und ihre Armee muss nicht in der Lage sein, deren Ostflanke zu verteidigen. Der starke Fokus auf für den Überraschungsangriff tief im gegnerischen Territorium optimierte Kampffjets sowie Luftabwehrmittel gegen Kurzstreckenraketen, die ab Frankfurt, Paris oder Florenz auf die Schweiz abgefeuert würden, macht ebenso wenig Sinn wie der Fokus auf mechanisierte Bodentruppen. Werden hier die Prioritäten bedrohungsgerecht gesetzt und eine entsprechende Verzichtsplanning eingeleitet, liesse sich doppelte Sicherheit zum halben Preis erzielen.

die klassische Infanterie im Armeebudget gehört unter dieser Prämisse endlich gewechselt. Auf die diversen finanz- und verteidigungspolitischen Debakel aus dem VBS mit einer derart starken Ausweitung des Armeebudgets reagieren zu wollen, wie sie der Bundesrat in seiner Botschaft vorschlägt, zeigt exemplarisch, wie die Armee ihre Probleme im Zweifelsfall löst: Mit Geld statt Lernfähigkeit. Dafür Hand zu bieten, ist die SP nicht bereit. Die Planungsfehler und Kostenüberschreitungen, welche das VBS über die letzten Jahre verantwortete, vom F-35-Debakel über diverse IT-Projekte, von der ausser Kontrolle geratenen Drohnenbeschaffung bis zu den neuesten Problemen bei der Patriot-Beschaffung, zeigen vor allem eines: Der grösste Reformbedarf der Armee besteht in der Planungsarbeit und der konsequenten Orientierung an einer Steigerung ihrer Effizienz.

Sollten Parlament oder Bevölkerung die Finanzierungslücken zur Erreichung des beschlossenen 1-Prozent-BIP-Zieles nicht über die vorgeschlagene Mehrwertsteuererhöhung füllen wollen, verschlösse sich die SP Diskussionen über alternative Finanzierungsvorschläge nicht. Der Bundesrat diskutiert im Erläuternden Bericht alternative Massnahmen wie etwa die Einführung einer Grundstückgewinn- oder einer Erbschaftssteuer nur kurz und verweist auf Schwierigkeiten bei der Prognose der potenziell daraus resultierenden Einnahmen. Die

SP fordert den Bundesrat auf, entsprechende Optionen mit der angemessenen Ernsthaftigkeit zu prüfen. Weiter zeigt die SP durchaus Verständnis für die Notwendigkeit eines verschuldungsfähigen Rüstungsfonds, um Zahlungsspitzen bedienen zu können und die finanzpolitische Flexibilität der Sicherheitsbehörden zu verbessern. Dieser darf aber nicht wie nun geplant der Ausweitung der Mittel der Armee weit über den vom Parlament festgelegten Wachstumspfad hinaus dienen.

Die SP fordert den Bundesrat auf, im Finanzplan 2028-2030 aufzuzeigen, auf welche Rüstungsinvestitionen er verzichten würde, sollten die jährlich CHF Mrd. 3,1 an zusätzlichen Einnahmen, welche die Erhöhung der Mehrwertsteuer generieren würde, entfallen und allenfalls auch die Schaffung des verschuldungsfähigen Fonds scheitern.

Wir danken Ihnen, geschätzter Herr Bundesrat, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Stefan M. Schütz
Politischer Fachreferent